

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer** und
Fraktion (FREIE WÄHLER)

Schließung oder Umwidmung von dezentralen Unterkünften unter Berücksichtigung der regionalen Situation

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, die Schließung oder Umwidmung von dezentralen Unterkünften stets mit Maß und Mitte und in enger Absprache mit den Regierungen, Kreisverwaltungsbehörden und auch Helferkreisen vorzunehmen, so dass auf örtliche Gegebenheiten im Einzelfall Rücksicht genommen werden kann.

Begründung:

Am 26.4.2016 beschloss der Ministerrat, grundsätzlich eine zentrale Unterbringung der Flüchtlinge in Gemeinschaftsunterkünften vorzunehmen und eine Abkehr von dezentralen Unterkünften vorzunehmen. Die Vorgehensweise „mit Maß und Mitte“ wurde von der Staatsregierung vorgegeben. Es soll jeder Einzelfall einzeln geprüft werden, was zu begrüßen ist. Auch die Absprache mit den Regierungen und Kreisverwaltungsbehörden ist zu begrüßen. Allerdings sollten auch noch – falls vorhanden – die entsprechenden Helferkreise miteinbezogen werden, da diese in der Regel eine große Detailkenntnis über die örtliche Situation besitzen und viele Hilfestellungen geben können und so das Ziel „mit Maß und Mitte“ unterstützen.